

Kameradschaft

Mitteilungsblatt

Aktiv



Juli / August 2020 - Nr. 07/08

Aktuell – informativ – kritisch

Schönen Sommer



**Der Präsidenten-
brief an die
Kameradschaften**

Seite 2

**Miliz im Einsatz
gegen die
Pandemie**

Seite 2-3

**Brennpunkte
der Weltpolitik:
USA und VR China**

Seite 6

**Aktuelle Berichte
aus den
Kameradschaften**

ab Seite 8



Der Präsidenten-brief an die Kameradschaften



SKB Präsident
Josef Michael Hohenwarther

Liebe Kameraden!

Trotz der Corona-Pandemie ist inzwischen doch so etwas wie Normalität zurückgekehrt. Die eingetretene Ruhe ist trügerisch, wie uns immer wieder aufflackernde Krankheitsausbrüche zeigen. Vorsicht erscheint daher noch angebracht.

Trotzdem hat sich das Präsidium bereits mit den Veranstaltungen im Herbst befasst. Unser Bestreben ist es diese durchzuführen. Das betrifft vor allen unsere Friedenswallfahrt am ersten Sonntag im Oktober. Wir führen jetzt alle erforderlichen Planungen und Absprachen für diese durch. Wir sind dabei zuversichtlich, dass uns die Pilgerfahrt nach Maria Plain mit Gottes Segen möglich sein wird. Auch in den Kameradschaften regt sich das Vereinsleben wieder.

Da und dort wurden bereits erste Jahreshauptversammlungen durchgeführt. Ich kann euch nur ermutigen, so weit als möglich eine Normalisierung zu wagen, natürlich immer unter dem Vorbehalt von Sicherheitsvorkehrungen. Die Auswirkungen der Pandemie werden uns aller Voraussicht nach noch eine Zeit lang begleiten, umso wichtiger ist es, dass wir innerhalb der Kameradschaften unseren Zusammenhalt wahren und die Kontakte pflegen.

Soweit ich das überblicken kann, findet das auch im ganzen Land statt und liefern die zahlreich für unsere Landeszeitung eingehenden Personalnachrichten einen guten Beleg dafür, dass die Kameraden in Freude wie im Leid zusammenstehen und die Ideale der Kameradschaft wahren.

Für mich hat die Krise noch deutlicher gemacht, wie wichtig Jugendarbeit in den Kameradschaften ist. Gerade die Jugend wurde und wird von den Auswirkungen der Krise besonders getroffen: Dem Entfall von Schul- und Ausbildungszeiten folgt eine sich verschärfende Lage am Arbeitsmarkt. Für mich kann gerade hier Kameradschaft helfend eingreifen und können Kameraden viel dazu beitragen, jungen Kameraden zu helfen und diese vielleicht durch Vermittlung eines Arbeitsplatzes zu unterstützen. Gerade das ist die Aufgabe von Kameraden, den hilfsbedürftigen Kameraden beizustehen! Dabei sollten wir auch immer daran denken, dass die jungen Soldaten des Bundesheeres neben vielen anderen Helfern in der Krise besonders gefordert waren und sind. Sie haben als Rekruten oder als Angehörige unserer Milizkompanien in einer schwierigen Situation ausgeholfen und einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung geleistet, der vielfach unbeachtet geblieben ist. Auch dafür kann unsere Gesellschaft nur danke sagen. Wir haben im Bundesheer trotz aller Sparzwänge und Diskussionen einen verlässlichen Partner, dessen Arbeit wir hoch schätzen sollten. Euch wünsche ich einen schönen, erholsamen und vor allem gesunden Sommer. Ich freue mich darauf, wenn wir uns im Herbst möglichst zahlreich wieder treffen können.

Euer
Bgm. Josef M. Hohenwarther
Präsident

Verteidigungsministerin: 2020 – Ein undankbarer Job

Es war ein Hintergrundgespräch, das Generalmajor Rudolf Striedinger, Kabinettschef der Bundesministerin für Landesverteidigung und Generalsekretär Dieter Kandlhofer, am 23. Juni im Cafe Bendl beim Wiener Rathaus mit ausgewählten Journalisten führten. Generalmajor Striedinger stellte die Pläne zum Umbau des Bundesheeres vor: die militärische Landesverteidigung sei nicht mehr Schwerpunkt der Aufgaben des Bundesheeres, dieses solle vielmehr auf wahrscheinlichere Bedrohungsfälle ausgerichtet werden.

Künftige Schwerpunkte sollen daher die Katastrophenhilfe, Blackouts, Cyberdefence, ABC-Abwehr, die Bewältigung von Migrationsströmen und die Abwehr einzelner terroristischer Angriffe sein. Daher sei es möglich, die schweren Waffensysteme, die nur mehr in sehr reduziertem Umfang vorhanden sind, auf ein absolutes Minimum zu reduzieren.

Damit ergibt sich der angenehme Nebeneffekt, dass sich der von Übergangsminister Thomas Starlinger prognostizierte Investitionsbedarf von 16 Milliarden Euro, der sich u.a. aus notwendigen Modernisierungen und Nachbeschaffungen für dieses schwere Gerät ableitet, teilweise auflösen würde. Stichwort Budget: Mit 2,546 Mrd. Euro für 2020 konnte Ministerin Tanner ein Plus von 123 Millionen Euro gegenüber dem bisherigen Finanzrahmen aushandeln (vorgesehen: 17,5 Mio. für die Miliz, 15 Mio. für ein Mobilitätspaket, 37 Mio. für drei zusätzliche Black-Hawk-Hubschrauber und 49 Mio. zur Ausstattung für Assistenteneinsätze).

2021 soll dann das Budget auf 2,47 Mrd. sinken, für 2022 sind 2,48 Mrd. und 2023 nur mehr 2,45 Mrd. Euro vorgesehen.

Heftige Kritik

Das mediale Echo nach diesem Hintergrundgespräch war verheerend: „Die Abschaffung der Landesverteidigung. Weniger Geld, weniger Personal, weniger Aufgaben: Verteidigungsministerin Klaudia Tanner legt Konzept für ein Bundesheer „light“ vor“, titelten die Salzburger Nachrichten. „Die Heeresreform der Kasernenverdichterin“ übertitelte die Grazer Kleine Zeitung ihren Artikel. Auch von den politischen Mitbewerbern hagelte es massive Kritik.

Der von Tanner nicht informierte Bundespräsident lud die Ministerin zu einer Vorsprache in die Hofburg. SPÖ-Wehrsprecher Robert Laimer vermisste ausreichende Information an den Nationalrat. Auch der Generalstab sei nicht eingebunden worden. „Tanners Weg führt Österreichs Bundesheer in den Abgrund“, stellte er fest. FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl sprach von einer „politischen Abrissbirne“, das Heer drohe zur internationalen Lachnummer und „Minimundusarmee“ zu werden.

Er legte Tanner den Rücktritt nahe. NEOS-Abgeordneter Douglas Hoyos-Trauttmansdorff sah vor allem ein Ablenkungsmanöver vor dem Auftritt von Bundeskanzler Kurz im „Ibiza“-U-Ausschuss am 24. Juni. Die Oppositionsparteien SPÖ, FPÖ und NEOS brachten einen gemeinsamen Entschließungsantrag ein, der allerdings an der Koalitionsmehrheit von ÖVP und

Grünen scheiterte. Darin forderten sie ein Budget „von mindestens drei Milliarden Euro jährlich“, um die „Kernkompetenzen und Fähigkeiten der Streitkräfte“ zu erhalten. Das Bundesheer dürfe nicht nur auf Assistenzeinsätze „reduziert“ werden. Auch zahlreiche wehrpolitische Verbände ließen kein gutes Haar an der Verteidigungsministerin.

Offiziersgesellschaft: Sie macht nicht ihre eigene Politik

„Die FBM ist froh, dass eine rege öffentliche Diskussion über das ÖBH stattfindet. Interessant finde ich dabei, dass fast alle Medien, denen das Bundesheer bisher reichlich egal war, nunmehr intensiv „Pro Bundesheer“ berichten. Es scheint (...), dass die gegenwärtigen Vorschläge nicht zu einer Verbesserung der Einsatzfähigkeit beitragen sollen, sondern primär an den (mangelnden) Ressourcen ausgerichtet sind.“

Ich denke, es ist für die ÖOG klar, dass es nicht eine Entscheidung zwischen mehreren Aufgaben geben darf, sondern dass alle gleichermaßen erfüllt werden müssen. Der enge Budget-Gürtel hat aber leider schon in der Vergangenheit stets zu einem Kampf um den Trog geführt – Land vs Luft; präsente Kräfte vs Miliz; etc. Jetzt setzt sich das auf der Ebene milLV vs AssE fort.

Das ist allerdings eine Verschärfung der Lage, denn damit wird der Verfassungsrahmen berührt, und es ist nicht mehr bloß eine interne Maßnahme“, schrieb der Präsident der Österreichischen Offiziersgesellschaft, Brigadier Erich Cibulka und setzte fort: Ich weiß, dass (...) sie nicht ihre eigene Politik macht (...), sondern die Vorgaben des militär-aversen Bundeskanzlers (und seines Finanzministers) sowie der naiv-pazifistischen Grünen umsetzt. Eine Änderung der gegenwärtigen Politik könnte nur durch eine Meinungsänderung bei Sebastian Kurz erreicht werden.“ Eine Steigerung der Kritik

musste Ministerin Tanner dann noch hinnehmen, als sie am 6. Juli das ersatzlose „Aus“ für die Saab 105 OE, die bisher den Trainingsbetrieb und Unterschallabfangeinsätze geflogen waren, ab 2021 verkündete. Sämtliche Abfangeinsätze müssen daher kostenintensiv mit dem Eurofighter „Taifun“ geflogen werden, der Trainingsbetrieb muss in das Ausland verlagert werden.

„Das Argument der Ministerin, man wolle jetzt keine Entscheidung treffen, ehe die rechtlichen Verfahren mit Eurofighter abgeschlossen sind, kann nur einen Zweck haben: das unangenehme Thema vom Tisch zu bekommen“, schrieb die „Presse“. Scharfe Kritik kam von LH Hans Peter Doskozil, der Tanner das mittlerweile „größte Problem des Bundesheers“ nannte.

Die „Presse“ sah das Heer auf dem Weg zu einer „Operettenarmee“ und verwies auf den „Höhepunkt der Skurrilität“ einer zeitlichen Beschränkung der Luftraumüberwachung auf den hellen Tag. Für Nachteinsätze fehlt die Ausrüstung. „Natürlich“ werde die Luftraumüberwachung weiter zurückgefahren, die – auch nach Flugstunden weitaus teureren – Eurofighter könnten den Ausfall der Saab 105 gar nicht kompensieren.

Konstruktiv: Bundesvereinigung der Milizverbände

Es scheint, dass das Amt des Verteidigungsministers wirklich der undankbarste Job Österreichs ist. Um eine konstruktive Kritik war indes Brigadier Dr. Michael Schaffer, Präsident der Bundesvereinigung der Milizverbände, bemüht, der in einem offenen Brief auch richtige Maßnahmen in den Vorstellungen der Verteidigungsministerin erkennen konnte: „Auch die „Stärkung der Miliz“ findet sich in den Vorstellungen der Regierungserklärung bzw. der Frau Bundesminister (...) „die Miliz“ (sei) nicht irgendeine Waffengattung oder Teilstreitkraft oder Reserve des Bundesheeres, sondern (es ist) das

ganze Bundesheer nach dem Milizprinzip zu organisieren (Bundes-Verfassungsgesetz Art. 79 Abs 1).“ Miliz setze nicht nur die Wehrpflicht voraus, „sondern ganz besonders verpflichtende wiederkehrende Übungen. Ohne diese ist „Miliz“ nicht umsetzbar. (...), wir haben im persönlichen Gespräch mit der Frau Bundesminister viele positive Eindrücke mitgenommen, denken aber, dass ihr das zur Verfügung stehende „System“, genau diese Übungsfrage blockiert.

Dabei müssen wiederkehrende Übungen nicht zwangsläufig eine Verlängerung des Wehrdienstes zur Folge haben, es gäbe eine Reihe von kreativen Ideen“, heißt es dazu im Schreiben der Bundesvereinigung der Milizverbände, die auch die beabsichtigte

Stärkung der Militärkommanden positiv beurteilt.

Fazit: Zwar ist die öffentliche Kritik an den Vorstellungen der Verteidigungsministerin, wohl auch durch die ungeschickte Form der Kommunikation, massiv, allerdings finden sich durchaus richtige und nachvollziehbare Ansätze in den Reformbemühungen, die somit auch eine Chance verdienen.

Fragen sind niemals indiskret, Antworten sind es manchmal.

Oscar Wilde



Gespräch zwischen Bundesministerin Mag. Klaudia Tanner und der Bundesvereinigung der Milizverbände. V.l.: Brigadier Dr. Michael Schaffer (Präsident), Major Mag. Bernd Huber (Vizepräsident), BM Mag. Klaudia Tanner im Ministerbüro.



Aus dem ÖKB-Bundesvorstand



ÖKB Präsident
Bgm. a.D. Ludwig Bieringer

Liebe Kameraden!

Als Präsident des Österreichischen Kameradschaftsbundes, der auch eine wehrpolitische Vereinigung ist, fühle ich mich den Anliegen der Landesverteidigung verpflichtet. Ich habe daher Anfang Juni mit Teilen meines Präsidiums bei Bundesministerin Klaudia Tanner vorgesprochen und über die Anliegen, die der Kameradschaftsbund seit je her vertritt,

mit ihr gesprochen. Ich halte fest, dass wir ein sehr gutes Gespräch in einem entspannten Klima führen durften und ich den Eindruck hatte und habe, dass Ministerin Tanner bemüht ist, etwas für die Landesverteidigung und die Sicherheit unseres Landes zu bewegen. Ich weiß, dass in den letzten Tagen rund um Presseaussagen der Bundesministerin ein ziemlicher Wirbel entstanden ist. Da sind aber auch manche Krokodilstränen von Leuten dabei, denen das Bundesheer sonst bestenfalls egal ist. Es ist nicht meine Aufgabe, die Frau Bundesminister hier zu verteidigen. Ich möchte aber auf Grund der Inhalte unseres Gespräches Anfang Juni festhalten, dass die entstandene Aufregung meiner Meinung nach in erster Linie einer nicht sehr optimalen Form der Kommunikation geschuldet ist und weniger den Inhalten der Reformvorstellungen. Denn diesbezüglich muss ich feststellen, dass vieles von

dem, was beabsichtigt ist, für mich seine Richtigkeit und Berechtigung hat. Zunächst gilt allgemein, dass es nur so viel Bundesheer geben kann, wie auch Geld zur Verfügung gestellt wird. Frau Minister Tanner hat ein Budget verhandelt, das zwar kein Wunschkonzert darstellt, das aber doch deutlich besser ist, als es der ursprüngliche Finanzrahmen vorgesehen hätte. Zweitens haben sich die Aufgaben des Bundesheeres nach der Verfassung zu richten. Damit steht als Kernaufgabe die Landesverteidigung völlig außer Zweifel. Das hat Frau Minister Tanner nun auch entsprechend klargestellt. Ein „Fähigkeitskern“ wird für konventionelle wie hybride Bedrohungen erhalten bleiben, weil: „Wer verteidigen kann, kann auch helfen. Wer nur helfen kann, kann nicht verteidigen.“ Und drittens muss eine Konzentration auf die Bewältigung der wahrscheinlichsten Formen der

Bedrohungen vorgenommen werden. Hervorheben möchte ich auch, dass mit dem Stabschef im Kabinett der Frau Minister ein absoluter Fachmann bestellt wurde, der in den vergangenen Jahren immer wieder Mut und Rückgrat in wehrpolitischen Debatten bewiesen hat. Dass mit ihm ein klares Bekenntnis zur Beibehaltung der Wehrpflicht und zur Stärkung der Miliz verknüpft ist, erwähne ich nur der Vollständigkeit halber. Wir sollten daher weniger Gewicht auf ein verpatztes Pressegespräch legen, sondern viel mehr auf konkrete Umsetzungsschritte achten und diese einfordern. Dazu sind in den nächsten Monaten die verschiedenen wehrpolitischen Verbände aufgerufen, mit diesen auch der Kameradschaftsbund!

Euer
Ludwig Bieringer
Präsident

Auf Horchposten

Hypermoral und Bildersturm

Die „Black-lives-matter“-Bewegung, entstanden nach dem gewaltsamen Tod eines Schwarzen in den USA im Zuge einer polizeilichen Amtshandlung, hat große Teile der freien Welt erfasst. Was schon bei der „Me-Too-Bewegung“ oder bei den „Fridays-for-future“-Demonstrationen zu beobachten war, fand nun eine Fortsetzung.

Der deutsche Philosoph Alexander Grau hat diese Phänomene in seinem Buch „Hypermoral-Die neue Lust an der Empörung“ analysiert: „Das können wir in vielen Lebensbereichen feststellen. Es gibt kaum einen Lebensbereich, der inzwischen nicht moralisiert wird. Das fängt im Privatleben an. Denken wir an Fragen der Ernährung, (...). Der Konsum hat nachhaltig zu sein. Die Produkte haben fair

gehandelt zu sein. (...) Aber auch der politische Diskurs ist ja inzwischen hochgradig moralisiert. Denken Sie an den Atomausstieg, die Energiewende, viele Fragen der Außenpolitik. Von sozialpolitischen Fragen brauchen wir gar nicht erst zu reden. Vieles wird häufig im Tonfall hochgeschraubter Moralität behandelt. Sachfragen werden tendenziell ausgeklammert.“

Es bestehe die Tendenz im Zuge „eines übersteigerten Humanismus, nüchterne Diskurse emotional aufzuheizen und den Gegner sozusagen mit einem aggressiven Moralismus, der deutlich auch puritanische und totalitäre Züge hat, nach Möglichkeit mundtot zu machen. Dann sind wir in den hysterisierten Debatten, die wir haben. Dann geht es auch gar nicht mehr um Sachargumente, sondern da geht es nur noch um letzten Endes weltanschauliche Positi-

onierung und darum, den eigenen weltanschaulichen Hintergrund möglichst moralisch hochgekocht zu legitimieren.“ Es geht also nicht um demokratischen Diskurs, vielmehr zeigt die „Hypermoral“ ihre totalitäre Fratze. Dem entspricht die Zerstörung oder Bedrohung von Denkmälern.

Die Liste wird täglich länger: Edward Colston, Robert Baden-Powell, Winston Churchill (Vereinigtes Königreich), König Leopold II. (Belgien), Christoph Columbus, die Generäle Albert Pike und Robert E. Lee (USA), Immanuel Kant (Deutschland) und viele andere mehr. Denkmäler sind naturgemäß Zeugnisse ihrer Entstehungszeit. Allerdings kann man mit Denkmälern die Vergangenheit nicht reparieren, wie Ana Milosevic, die an der Universität von Löwen Fragen der Erinnerungskultur erforscht, sagt.



Im Umkehrschluss gelingt diese „Reparatur der Vergangenheit“ auch nicht durch die Zerstörung von Denkmälern. An einer ernsthaften Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte wird kein Weg vorbeiführen. Allerdings sagen die Errichtung von Denkmälern und der Umgang mit diesen viel über den Zustand einer Gesellschaft.

Wie soll man nun diesen Zustand beschreiben, wenn einerseits Denkmäler in Akten der Bilderstürmerei und des Vandalismus zerstört werden, andererseits aber neue Denkmäler - wie in Wien - für den kommunistischen Massenmörder Ernesto „Che“ Guevara errichtet werden?

Der gute Stil verbietet hier eine abschließende Beantwortung!



Potjomkins einstige Chimäre ...

...und jene unter dem Motto „Miliz neu denken!“

So manches ist über den Fürsten Potjomkin überliefert. So auch, dass er in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts seiner Kaiserin bei deren Besuch auf der Krim u.a. mit der Errichtung von Häuserfassaden vortäuschen wollte, dass alles in bester Ordnung sei. Und Katharina die Große hat es geglaubt. Vielleicht auch, weil sie es glauben wollte.

Mehr als 200 Jahre später wird im Zuge der Maßnahmen der österreichischen Bundesregierung verfügt, 4.000 Soldaten des Milizstandes zu einem Einsatz einzuberufen. Ein Einsatz, der die Maßnahmen der Behörden zum Schutz unserer Bevölkerung gegen die Gefahren aus der noch immer unser Leben beeinflussenden Corona-Pandemie unterstützen soll. Aus den angekündigten 4.000 wurden alsbald 3.000, von denen schließlich knapp weniger als 1.300 Einsatzpräsenzdienst leisteten. Gleich zwei ganze Monate wurden sie vorbereitet, ehe es in den Einsatz ging.

10 Prozent der Miliz sollten es sein. So zumindest nach dem Verständnis des amtlichen Milizbeauftragten und der von ihm beratenen Ministerin. Nein, nicht das Bundesheer wurde mit Teilen mobil gemacht, sondern quasi nur ein kleiner Teil einer offenbar so verstandenen Teilstreitkraft. Wurde hier, wie seit Jahren, begriffliche Desinformation betrieben?

Ein Blick in diverse amtliche Publikationen lässt schließen, dass hier ein völlig falsches Verständnis des Milizbegriffs gegeben ist. Es macht die Sache nicht besser, wenn selbst in einer teuren mehrseitigen Beilage einer Tageszeitung Ende März der Milizbeauftragte der Bundesministerin davon spricht, dass die nun einberufenen 3.000 Soldaten nunmehr wissen würden, ob sie zur einberufenen Miliz gehörten oder nicht (zit.: S.4, Beilage „Fakten“ des Kuratoriums Sicheres Österreich zur Tageszeitung Kurier). Eine großformatige Beilage, die wohl dem glücklichen Umstand zu verdanken ist, dass es sich beim Kuratoriumsvorsitzenden auch um den Eigentümervertreter gegenüber dem Kurier und den

amtlichen Milizbeauftragten in ein und derselben Person handelt. Kritiker des heimatischen Multifunktionärswesens seien aufgefordert ihre Haltung zu überdenken! Vor allem in Zeiten, wenn neben notwendiger Information der Öffentlichkeit massive Einbrüche im Printmedienbereich zu beobachten sind. Dass da die Wahrheit ins Hintertreffen gerät, mag doch nachgesehen werden. Oder?

Fake News – alternative Wahrheit?

Eine mit viel Mühe betriebene begriffliche Desinformation scheint die ministerielle Kommunikationsarbeit zu durchziehen. Es macht die Sache nicht besser, dass diese auch im Glanzlicht der Sterne auf dem Rockkragen der Uniform erfolgt. Wie sonst könnte es erklärbar sein, dass noch vor einem Jahr der für die Einsatzvorbereitung und Miliz zuständige Ministerialoffizier bei einer Diskussion in Salzburg auf Grund seiner Planungspapiere eine Stärke der Miliz von 17.000 Soldaten präsentiert. Mit der Sache durchaus vertraute Anwesende wunderten sich, sieht doch der Organisationsrahmen der sogenannten „strukturierten Miliz“ nicht einmal die Hälfte vor.

Nur wenige Tage danach geht aus einem Redemanskript für den Milizbeauftragten für den Tag der Miliz in St. Pölten (15.06.2019) ein Stand von 31.000 (sic!) hervor. Ein anderes Mal ist von 27.000 die Rede und mit der Teilmobilmachung unseres Heeres in diesem Frühjahr sollten es – bei 10 Prozent Soldaten aus dem Milizstand – 30.000 sein.

Nun könnte man meinen, dass es egal sei, wenn „die linke Hand nicht weiß, was die rechte tut“

oder sagt. Egal deshalb, weil es sich dabei lediglich um theoretische Zahlen handelt.

Was das mit Potjomkin zu tun hat?

Bekanntlich gebietet die Österreichische Bundesverfassung für das Bundesheer die Organisation nach den Grundsätzen eines Milizsystems. Dies würde bedeuten, dass die Wehrpflichtigen eine kurze Basisausbildung zur Erreichung einer Einsatzverwendungsfähigkeit durchlaufen und danach in einer weiteren Phase im Rahmen eines Einsatztruppenkörpers über mehrere Jahre hinweg zu Übungen einrücken, um ihren Ausbildungsstand aufzufrischen bzw. sich für etwaige Einsätze vorzubereiten.

Diese zweite Phase gemeinsamer Übungen ist ein ganz wesentliches Merkmal eines nach den Grundsätzen der Miliz organisierten Heeres. Nach dem Wehrgesetz werden diese Wehrpflichtigen als Soldaten des Milizstandes bezeichnet. Erst mit ihrer Einberufung werden sie zu Präsenzsoldaten des Bundesheeres. Nicht irgendeines Eckpfeilers oder einer Teilstreitkraft „Miliz“. Und schon gar nicht als Teil eines Einsatzheeres, das am untersten Rand denkbarer Einsatzszenarien einer zweimonatigen Vorbereitung bedarf.

Wenn in propagandistischer Manier behauptet wird, „31.000 Milizsoldaten stellen einen integralen Bestandteil des Bundesheeres dar“, so erinnert das stark an die Dörfer des einstigen Feldmarschalls Potjomkin. Denn weder gibt es für diese Angehörigen des Milizstandes einen Organisationsrahmen, eine Ausrüstung noch das wesentliche Merkmal einer Miliz: Übungen im Rahmen der

Wehrpflicht für mögliche Einsätze. Die Freiwilligen, die man für Übungen und Einsatzvorbereitungen mit Geldprämien ködern wollte, sind in der notwendigen Anzahl Chimäre geblieben. Jetzt tut man halt so, als ob. Sieht man von wenigen einzelnen Freiwilligen ab, gibt es die genannten Zahlen an Soldaten bloß auf dem Papier – für eine Armee zwar gratis aber gleichzeitig umsonst.

„Miliz neu denken“?

Bedenklich wäre es, wenn nun aus den Erfahrungen aus einem Einsatz am untersten Rand denkbarer Szenarien der amtliche Milizbeauftragte oder ein Verantwortlicher des BMLV mit Ankündigungen von Novellen des Heeresgebührengesetzes weismachen wolle, dass unser Heer zwar ohne Geld, aber verfassungskonform und bedarfsgerecht organisiert sei.

Das wäre auch durch eine Sonderinvestition von 200 Millionen Euro, aufgeteilt auf drei Jahre, nicht zu bewerkstelligen. Inszenierungen zur Verkündung dieser „Großartigkeit“ dürfen den Blick auf das Wesentliche nicht verstellen: eine Reorganisation des Heeres mit Einführung verpflichtender Truppenübungen.

Denn ohne solche, die der Einsatzvorbereitung des Heeres dienen, bleibt nicht nur die Truppenstärke, sondern in notwendigen Anlassfällen auch die Unmittelbarkeit einer militärischen Reaktion reine Chimäre. Und dass eine solche Unmittelbarkeit ohne vorbereitende Übungen mit einem verfassungskonformen Heer gegeben wäre, hätte wohl nicht einmal Katharina II. – trotz Zuneigung zu ihrem Fürsten Potjomkin – geglaubt. Ohne militärische Vorbildung übrigens. mg



Brennpunkte der Weltpolitik: USA und VR China in der „Thukydides-Falle“



Das Standardwerk des griechischen Historikers Thukydides behandelt den Peloponnesischen Krieg (431-404 v. Chr.), der fast alle griechischen Poleis in diese umfassende Auseinandersetzung zwischen dem Attisch-Delischen Seebund unter Führung Athens und dem Peloponnesischen Bund unter der Führung Spartas involvierte und letztlich mit einer totalen Niederlage Athens endete.

In diesem Werk schreibt Thukydides zu den Kriegsursachen: „Der eigentliche Grund, so wenig von ihm die Rede gewesen ist, war nach meiner Überzeugung die Furcht der Lakedämonier vor der wachsenden Macht Athens, die sie zum Kriege trieb.“ Fürchtet also eine Großmacht, dass eine andere aufstrebende Macht sie überflügeln könnte, führt dies zu einer wachsenden Kriegsgefahr. Eine Metapher, die aktuell als „Thukydides-Falle“ im spannungsgeladenen Verhältnis der USA zu China diskutiert wird.

Demokratie als Bedrohung des KP-Regimes

„Die KPCh fürchte sich vor ebendenjenigen Dingen, die sie in Hongkong in der Gemeinsamen Erklärung zugesagt hat: der Rechtsstaatlichkeit und den von dieser geschützten Freiheiten. Die Stadt steht für alles was Xis Regime an der freiheitlichen Demokratie hasst. Darum ist, was dort geschieht (...), eine unmittelbare Bedrohung für offene Gesellschaften weltweit“, führte Chris Patten der letzte britische Gouverneur von Hongkong unlängst in einem Presseinterview aus. Patten spricht damit eine Dimension der zunehmenden strategischen Rivalität zwischen den USA und China an, welche die internationale Politik in ihren Bannkreis zieht. In den offiziellen Strategiedokumenten der US-Regierung firmiert China seit 2017 als „long-term strategic competi-

tor“. Ein „Wettbewerb“, der sich auf mehreren Ebenen abspielt: sicherheitspolitisch, wirtschaftlich, technologisch, ideologisch (siehe die Ausführungen zu Hongkong) und auf der persönlichen Ebene.

In punkto Sicherheitspolitik war das Jahr 1995/96 für China ein Wendepunkt. In der Taiwan-Krise übten die USA Druck auf China durch die Entsendung von zwei Trägergruppen in die Konfliktzone aus, wodurch die Schwächen der chinesischen Streitkräfte schonungslos offen gelegt wurden. Durch eine entschiedene Aufrüstungspolitik verfügt die VR China nunmehr über die zahlenmäßig stärkste Kriegsmarine der Welt.

China weitet seinen Handlungsraum aus

Zwar dürften die Fähigkeiten noch nicht entsprechend sein, die Absicht ist aber klar: China weitet seinen Handlungsraum aus und geht dabei Schritt für Schritt von der Doktrin der Küstenverteidigung zu der einer aktiven Verteidigung im maritimen Raum über.

Die chinesischen Streitkräfte sind heute in der Lage, Seegebiete innerhalb der ersten Inselkette zumindest zeitweilig und lokal begrenzt zu kontrollieren, dazu kommt die Etablierung von Interessengebieten außerhalb der asiatisch-pazifischen Region in Afrika (2017 erster Militärstützpunkt am Horn von Afrika), im Mittleren Osten, in der Arktis, in Südamerika und nicht zuletzt die „One Belt-One Road-Initiative“ einer „neuen Seidenstraße“ durch Präsident Xi Jinping. Was seitens der Volksrepublik als legitime Wahrung ihrer Interessen verstanden wird, führt auf der Seite der Pazifikanrainer und bei den USA zur Wahrnehmung einer Bedrohung der eigenen Militärbasen im Pazifik bzw. für das gesamte Partnerschiffs- und

Allianzsystem in der asiatisch-pazifischen Region sowie auch für die nukleare Abschreckung der USA.

Weitere Felder dieses Antagonismus sind der Kampf um die technologische Vorherrschaft im digitalen Zeitalter. Dabei geht es um nichts weniger, als um die technologische Führung und weltwirtschaftliche Wettbewerbsvorteile und letztlich wieder um die militärische Überlegenheit (z.B. Kampagne gegen Huawei).

Trump vs. Xi Jinping

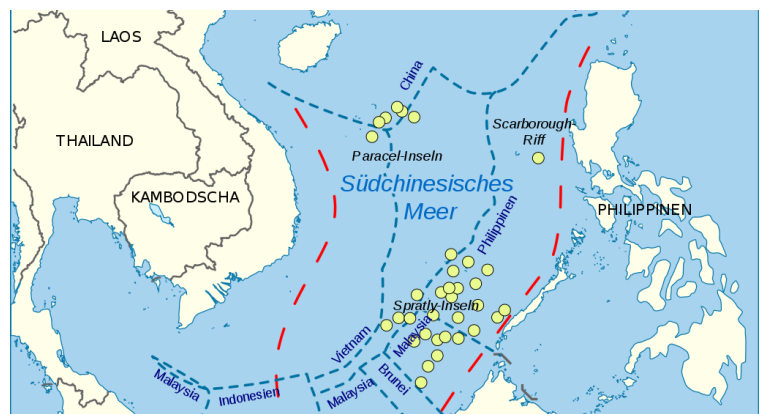
Sicherheitspolitische Fragestellungen dominieren ganz wesentlich auch den Handelskrieg zwischen den USA und der VR China, der am 13. Dezember 2019 durch ein Teilabkommen, in dem beide Seiten auf die angekündigte Erhöhung der Sonderzölle verzichteten, während Peking für 2020/21 zusätzliche Importe aus den USA im Wert von 200 Milliarden US-Dollar zugesagt hat, vorerst entschärft werden konnte. Allerdings zeichnet sich durch die Covid19-Pandemie eine neuerliche Verschärfung dieses Handelskonfliktes ab. Bleibt noch die persönliche Ebene: Es ist belegt, wie Trump außenpolitische Themen für innenpolitische Zwecke nutzt (z.B. der Mauerbau gegenüber Mexiko zur Abwehr von Migration und Gewalt) und sich eine auf seine

Person eingeschworene Fanggemeinde geschaffen hat. - Auf Grund der bestehenden umfassenden Konkurrenzsituation würde aber auch ein demokratischer Sieg bei der Präsidentenwahl 2020 die Konfliktsituation USA/China nicht auflösen.

Dem gegenüber verbindet der chinesische Staatschef das außenpolitische Handeln mit persönlicher Entscheidungsmacht und setzt sich als „Chefdiplomat“ in Szene, der aber nicht vor risikobereitem Handeln zurückschreckt. Alle Anzeichen weisen darauf hin, dass sich die strategische Rivalität zwischen den USA und der VR China zu einer dauerhaften globalen Konfliktkonstellation verfestigt, es könnte somit eine neue Bipolarität entstehen, welche die USA zwingt, sich stärker auf den Indopazifik und die Konkurrenz mit China zu konzentrieren.

Der Druck Washingtons auf die Verbündeten, im sich verschärfenden Konflikt Position zu beziehen und sich klar auf die Seite der USA zu stellen, wird zunehmen. Ob die angespannten Beziehungen für die Beteiligten dabei zur „Thukydides-Falle“ werden, wird die nähere Zukunft zeigen.

Abgeschlossen 3.7.2020



Konfliktzone Südchinesisches Meer

Die strategisch-operativen Planungen des Bundesheeres 1955 bis 1979 und die Entwicklung seiner Führungsstruktur

Mit dem Staatsvertrag vom 15. Mai 1955 gewann Österreich seine Souveränität wieder zurück, die „freiwillig“ durch die Verpflichtung zur Wahrung der Neutralität beschränkt wurde. Was vielfach als „fröhliche“ Wiederaufrüstung bezeichnet wurde, mag tatsächlich in vielen Bereichen unbeschwert und ohne die notwendigen gesamtstrategischen Überlegungen vor sich gegangen sein.

Zunächst garantierte die von den Besatzungsmächten (vor allem den US-Amerikanern) zurückgelassene Ausrüstung und Bewaffnung tatsächlich einen einigermaßen zeitgemäßen Status des Bundesheeres. Die durch den damaligen Generaltruppeninspekteur (die Funktion entspricht am ehesten der des heutigen Generalstabschefs) Erwin Fussenegger im Zuge der Ungarnkrise 1956 an den Tag gelegte Entscheidungsfreude garantierte auch die Bewährung des Bundesheeres in dieser ersten großen Krise.

Dies konnte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Österreichische Politik über grundlegende strategische Fragen und damit über den Auftrag an das Bundesheer Klarheit erzielen musste. In diesem Zusammenhang erwies sich die durch den Staatsvertrag verbotene Übernahme von kriegsgedienten Offizieren der Wehrmacht ab dem Dienstgrad Oberst als erhebliches Manko, da der österreichischen Sicherheitspolitik damit die strategische Expertise fehlte. Zunächst flossen daher vorwiegend die Erfahrungen jener Offiziere in die grundlegenden Überlegungen ein, die ab den Jahren 1943 unter weitgehender alliierter

Luftherrschaft und konfrontiert mit einer erheblichen militärischen Überlegenheit der Gegenseite ihren Auftrag zu erfüllen hatten.

Diesem Schwergewicht auf bloß operative Planungen und Überlegungen war eine zunehmende Kluft in der Einsatzplanung des Bundesheeres zu den verfügbaren Mitteln und dem zu erfüllenden Auftrag geschuldet, der letztlich unmittelbar in eine veritable Sinnkrise der militärischen Landesverteidigung führte.

Diese Sinnkrise fand ihre Fortsetzung innerhalb der führenden Offiziere des Bundesheeres, die ihren unterschiedlichen Vorstellungen zum Durchbruch zu verhelfen suchten - und dies mitunter auch auf wenig kameradschaftliche Art und Weise taten. Sinnbildlich dafür stehen Planungen und Überlegungen in den so genannten „Farbenfällen“. Die auf diese Bezug nehmenden Planungen formulierten den im jeweiligen Fall zur Anwendung kommenden Auftrag an das Bundesheer, wobei insgesamt festzustellen war, dass weder der Realitätsbezug der „Farbenfälle“ einwandfrei gegeben war, noch konnten die Mittel des Bundesheeres die Auftragslage ausreichend abdecken.

Offenkundig wurde dies im Zuge der Übung „Bärentatze“ 1969. Gegen Ende der 60er Jahre des vergangenen Jahrhunderts hatte sich die österreichische Sicherheits- und Verteidigungspolitik in eine Sackgasse manövriert, die Auswirkungen auf die Akzeptanz des Bundesheeres zu haben begann. Dieser Widerspruch konnte dann erst unter der Kanzlerschaft von Bruno

Kreisky allmählich aufgelöst werden (Vorantreiben der Arbeiten zum Landesverteidigungsplan mit entsprechender Übereinstimmung der Zielsetzungen der Außen-, Neutralitäts- und Verteidigungspolitik), als General Emil Spanocchi, gestützt auf die Übergehungen und Vorarbeiten anderer Offizierskameraden, seine „Spanocchi-Doktrin“ zu formulieren begann, die auf die Erzielung einer Abhaltewirkung durch Herbeiführung eines negativen Kraft-Raum-Zeitkalküls für einen möglichen Aggressor setzte.

Mit der Raumverteidigung verfügte Österreich bzw. das Bundesheer endlich über eine glaubwürdige Doktrin, zur Umsetzung des strategischen Zieles der Wahrung der Souveränität Österreichs. „Es war eine Periode der intensiven Planung und in der Geschichte des Bundesheeres betrachtet, die insgesamt umfassendste und intensivste Planungsphase. Natürlich gab es entsprechendes Bemühen der Beteiligten, für richtig erachtete Vorstellungen und Beurteilungen einzubringen und durchzusetzen und das brachte Reibungen mit sich, Konflikte sowie unvermeidlich auch persönliche Animositäten in großer Bandbreite.“

Die Planungen und Überlegungen der Raumverteidigung (Kampf in Raumsicherungs- und Schlüsselzonen) wurden im Zuge mehrerer großer Übungsvorhaben erprobt und dem internationalen Publikum vorgestellt. Zwar litt auch die Raumverteidigung stetig unter der zu geringen Dotierung des Wehretats, dies vermochte aber nicht grundlegend an deren Glaubwürdigkeit zu rütteln, womit das Bundesheer

der Politik wiederum als nutzbares politisch-strategisches Instrument innerhalb des durch das Budget bestimmten Leistungsrahmens zur Verfügung stand.

Es ist der Verdienst des Autors, 2000-2002 Generaltruppeninspekteur des Bundesheeres, diesen Teil der Geschichte des Österreichischen Bundesheeres und der Sicherheitspolitik konserviert und unter Abstützung auf einen umfangreichen Material- und Archivbestand vor dem Vergessenwerden bewahrt zu haben.



Horst Pleiner

Die strategisch-operativen Planungen des Bundesheeres 1955 bis 1979 und die Entwicklung seiner Führungsstruktur

Format A4
558 Seiten,
gebunden
Preis: € 59
ISBN 978-3-902721-68-6
Österreichischer Milizverlag
Salzburg 2019

Berichte aus den Kameradschaften



Salzburg Stadt

Bundesheer

Angelobung in der Schwarzenbergkaserne



Angelobung aus der Vogelperspektive

Die Angelobung von Rekruten des Jägerbataillons 8 fand in der Schwarzenberg-Kaserne auf Grund der Covid 19-Maßnahmen unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Genau 100 Rekruten traten mit vergrößerten Abständen zueinander an, um ihr Treuegelöbnis auf die Republik Österreich zu sprechen. Als militärischer Höchstanwesender eröffnete der Kommandant des Jägerbataillon 8, Oberst Stefan Haselwarter, mit den Worten: „Sie, geschätzte Rekruten, Sie haben

bereits einen wertvollen Beitrag geleistet, indem Sie sich entschieden haben, den Weg des Wehrdienstes zu gehen. Sie legen diesen Eid in einer besonderen Zeit ab. Corona hat die Welt und ihre Bewohner fest im Griff.“ Mit den Worten, „Ich gelobe“, sprachen die Soldaten in der Schwarzenberg-Kaserne das Gelöbnis auf die Republik Österreich. Der geistliche Teil des Festaktes wurde vom katholischen Militärfarrer Richard Weyringer gestaltet.

112 Soldaten in der Kroatina-Kaserne angelobt



Oberst Nussbaumer spricht vor den angetretenen Rekruten

112 Rekruten traten am 26. Juni in der Kroatina-Kaserne in Sankt Johann/Pongau unter Einhaltung vergrößerter Abstände an, um ihr Treuegelöbnis auf die Republik Österreich zu sprechen. Die Angelobung fand im kleinen Rahmen unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Auf Grund der Covid19-Maßnahmen der Bundesregierung konnten Eltern, Bekannte und Freunde an diesem Festakt nicht teilnehmen.

Dennoch wurde das feierliche Protokoll eingehalten und wurden die Soldaten in die Reihen des Österreichischen Bundesheeres würdig aufgenommen. Die Soldaten werden ihren Dienst in verschiedenen Funktionen beim Führungsunterstützungsbataillon 2 ausüben.

Besondere Wertschätzung zollte der Bataillonskommandant, Oberst Johannes Nussbaumer, den Rekruten für ihre Bereitschaft, den Dienst im Bundesheer abzuleisten und damit einen wertvollen Beitrag zur Sicherheit der Allgemeinheit zu erbringen. „Wir stehen

für einen Verband, geführt von motivierten Vorgesetzten mit modernen gesellschaftsrelevanten Kommunikations- und Ausbildungsmethoden und überzeugen durch professionelle Arbeit! Ich appelliere an Sie, sich den notwendigen Herausforderungen zu stellen, ihre individuelle Leistungsbereitschaft einzubringen und ihren Präsenzdienst ordentlich zu erfüllen“, betonte Oberst Nussbaumer bei seiner Ansprache.

Der religiöse Teil wurde durch einen Choral eingeleitet und die Segnung erfolgte durch Militärsuperior Richard Weyringer und Militäroberpfarrer Oliver Gross.

Mit den Worten „Ich gelobe“ legten um 11.15 Uhr die Soldaten ihr Gelöbnis auf die Republik Österreich ab und bejahten damit ihren Dienst beim Österreichischen Bundesheer. Nach der Angelobung wurde der Festakt von einem Ensemble der Militärmusik Salzburg mit der Bundeshymne offiziell beendet.

Salzburger Soldaten unterstützen die Gesundheitsbehörden in den Bezirkshauptmannschaften



Einweisung der Soldaten bei der Stadt Salzburg

45 Soldaten unterstützen im Rahmen eines Assistenzesatzes die Bezirkshauptmannschaften im Bundesland Salzburg bei der Erhebung und Bearbeitung von COVID19-Verdachtsfällen. In Folge der aktuellen COVID-19-Pandemie kam es in den Gesundheitsämtern

der Bezirksverwaltungsbehörden zu einem massiven Arbeitsanfall, der durch das Personal dieser Behörden nicht mehr abgedeckt werden kann. Daher erfolgte durch das Land Salzburg ein Antrag um Assistenz an das Militärkommando Salzburg. Aufgabe der Soldaten ist die

Erhebung und Rückverfolgung von Kontaktpersonen bei bestätigten COVID19-Fällen, um dadurch den Behörden mehr personellen Handlungsspielraum zu geben und eine rasche Reaktion sicherstellen zu können. Dazu kommt die Information von Angehörigen und Personen die Kontakt mit bestätigten COVID19-Erkrankten hatten, um eine schnelle Eindämmung der Infektionskette zu erreichen. „Dieser Einsatz dient der mittelbaren und unmittelbaren Gefahrenab-

wehr“, so der Militärkommandant von Salzburg, Brigadier Mag. Anton Waldner: „Die Zusammenarbeit mit der Gesundheitsbehörde des Landes Salzburg und den Bezirkshauptmannschaften im Bundesland ist hierbei ausgezeichnet.“ Insgesamt wurden 45 Soldaten, davon 23 Militärmusiker, für diese Aufgaben eingeschult. Der Einsatz der Assistenzsoldaten begann am 29. Juni 2020 und ist vorerst für Dauer von vier bis acht Wochen ausgelegt.

Kameradschaft Aigen

80. Geburtstag



v.l.n.r.: 2. Obmann-Stv. Wastl Brunauer, Eva Danninger, Jubilar Gerhard Danninger, Subkassier Karl Strobl.

Kamerad Medizinalrat Dr. Gerhard Danninger feierte am 1. Juni 2020 seinen 80. Geburtstag. Er wurde 1940 in Salzburg Maxglan geboren, wo er die Pflichtschule absolvierte. Danach studierte er in Wien Medizin und begann nach dem erfolgreichen Abschluss seines Studiums seine Tätigkeit als Lungenfacharzt in der Griesgasse, wo er über 35 Jahre seine Ordination hatte. Mit seiner Gattin Eva hat er zwei Söhne. Neben der Tätigkeit in seiner

Ordination war der Jubilar über 15 Jahre als Polizeiarzt und über mehrere Jahre als Gutachter in der Pensionsversicherung tätig. Als Militärarzt erreichte er den Dienstgrad eines Brigadiers.

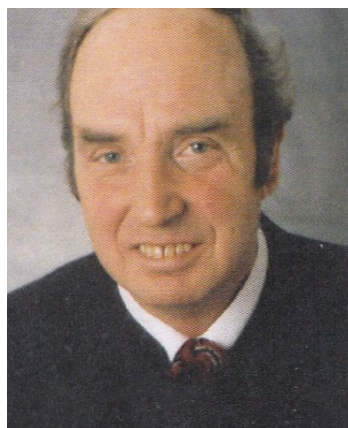
Für die Kameradschaft gratulierten 2. Obmann-Stv. Wastl Brunauer, Subkassier Karl Strobl und Fähnrich Erich Schroffner, welche dem Jubilar einen schönen Geschenkkorb überreichten.

Kameradschaft Leopoldskron- Moos

Trauer

Am 4. Juni 2020 verstarb Ehrenfähnrich Kamerad Andreas Forsthuber, vulgo „Voglmoa Andre“. Er wurde am 27. Jänner 1929 als Sohn des Voglmoabauern in Leopoldskron-Moos geboren. In sehr jungen Jahren

übernahm er den elterlichen Hof, den er mit seiner Frau Maria bewirtschaftete. Neben seiner landwirtschaftlichen Tätigkeit war Kamerad Forsthuber bis zu seiner Pensionierung berufstätig. Er trat 1968 der



Kameradschaft bei. 1978 wurde Kamerad Forsthuber in den Vorstand berufen, von 1982 bis

1994 war er Obmann-Stv. 1994 wurde er zum Fähnrich gewählt und bekleidete diese Funktion mit Stolz bis 2004. Ab diesem Jahr wurde er zum Ehrenfähnrich ernannt. Kamerad Forsthuber war in seiner Zeit als Fähnrich bei jeder Ausrückung anwesend. Solange es sein Gesundheitszustand erlaubte, war er auch später bei vielen Ausrückungen und Veranstaltungen dabei. Kamerad Forsthuber möge in Frieden ruhen, die Kameradschaft wird ihm immer ein ehrendes Andenken bewahren.

60. Geburtstag



v.l.n.r.: Obmann-Stv. Alois Gann, Jubilar Kaspar Kellner, Obmann Peter Holzner

Am 23. Mai 2020 feierte Obmann-Stv. Kaspar Kellner seinen 60. Geburtstag. Aus diesem Anlass besuchten ihn Obmann Peter Holzner und Obmann-Stv. Alois Gann und überbrachten die Glückwünsche der Kameradschaft. Obmann Peter Holzner überreichte dazu einen Geschenk-

korb. Kamerad Kellner bedankte sich herzlich für die Glückwünsche und lud Obmann Holzner und Obmann-Stv. Gann zu einer Jause und Getränken in seinen Garten ein, wo sich bereits einige Freunde des Jubilars zu einer gemütlichen Feier eingefunden hatten.

Kameradschaft Salzburg Stadt Lehen • Untersberg

Auszeichnung

Im Zuge eines würdigen Festaktes in der Schwarzenbergkaserne wurde den Angehörigen des Militärkommandos Salzburg für ihre unermüdliche Arbeit im Zuge der Corona Krise gedankt. Auch Ehrenmitglied Militärsuperior Mag. Richard Weyringer wurde für

seinen Einsatz mit der Einsatzmedaille des Österreichischen Bundesheeres ausgezeichnet. Die Kameradschaft dankt ebenso für die geleistete Arbeit in diesen schwierigen Zeiten und gratuliert herzlich zur Überreichung dieser hohen Auszeichnung.

Im Leben gibt es weder Preise noch Strafen, nur Konsequenzen.

Robert Green Ingersoll



v.l.n.r.: Militärkommandant Brigadier Mag. Anton Waldner, Ehrenmitglied Militärsuperior Mag. Richard Weyringer.



Flachgau

Kameradschaft Anif

60. Geburtstag



v.r.n.l.: Josef Rettenbacher, Obmann Raimund Stumper, Jubilar Gerhard Langecker, Ehrenobmann Karl-Heinz Modl

Vorstandsmitglied Baumeister Gerhard Langecker feierte am 12. Juni 2020 seinen 60. Geburtstag. Die Kameradschaft wünscht ihrem Kameraden

alles Gute, viel Gesundheit und hofft weiterhin auf dessen so wertvolle Mitarbeit im Vorstand der Kameradschaft.

Kameradschaft Eugendorf

80. Geburtstag

Anfang Juni 2020 feierte Kamerad Johann Elsenwenger, Austragbauer vom Alberngut in Eugendorf, seinen 80. Geburtstag.

Als Gratulanten stellten sich Obmann Josef Ramsauer und Kassier Peter Rameder ein und

überbrachten die Glückwünsche der Kameradschaft.

Der Jubilar war über 50 Jahre Mitglied der Trachtenmusikkapelle und begleitete die Kameradschaft bei vielen Ausrückungen sowie viele Kameraden auf ihrem letzten

Weg. Dafür sei ihm herzlichst gedankt. Die Kameradschaft wünscht dem Jubilar viele

schöne Stunden im Kreise seiner Familie.



v.l.n.r.: Obmann Josef Ramsauer, der Jubilar, Kassier Peter Rameder.

70. Geburtstag



v.l.n.r.: Obmann Josef Ramsauer, der Jubilar mit Gattin, Peter Kardeis und Andreas Radauer.

Seinen 70. Geburtstag feierte Kamerad Felix Kühleitner, HBI und Ehrenkommandant der Freiwilligen Feuerwehr Eugendorf, der jahrelang in leitender Position tätig war und neben-

bei noch Ehrenämter für Kirche und Gemeinde innehatte. Eine Abordnung gratulierte im Namen der Kameradschaft und überbrachte ihm die besten Glückwünsche.

70. Geburtstag



v.l.n.r.: Obmann Josef Ramsauer, der Jubilar und Franz Knoll.

Kamerad Johann Leberbauer beging seinen 70. Geburtstag.